

Evangelische Verantwortung

Kirche in den neuen Bundesländern – das Bewußtsein von christlicher Kultur neu wecken

Klaus Wollenweber

Kennen Sie die „Jahresendflügelfiguren“ (= Engel) oder die „Jahresendferien“ oder zur Vermeidung des Wortes Weihnachten die Begriffe „Fest des Friedens“, „Fest des Lichtes“, „Fest der Familie“ mit dem „Baum des Lichtes“? Sprache signalisiert eine bestimmte Kultur, in diesem Fall die ideologisch geprägte, nichtchristliche Sozialisation eines Großteils der Bevölkerung in den neuen Bundesländern. Christliche Feste im kirchlichen Jahreslauf wurden in 40 - 60 Jahren uminterpretiert.

Kein Bedürfnis nach Christentum

Maximal 25 - 30 % der Bundesbürger im Osten Deutschlands gehören einer der christlichen Konfessionen und Gemeinschaften an. Gut 70 % sind nichtkirchlich. Das ist aber keineswegs mit „atheistisch“ gleichzusetzen; denn dann läge eine theologisch-philosophisch-ethische Auseinandersetzung zugrunde. Nein, eher ist die Situation vergleichbar mit der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Verein. Wenn ich keinem Sportclub angehöre, dann bin ich nicht automatisch a-sportlich oder anti-sportlich. So ist die überwiegende Mehrzahl der Menschen bei uns im Osten nicht akirchlich oder anti-kirchlich, sondern gar nichts.



Bischof Wollenweber:
Das Wissen um christliche Werte neu wecken.

Es existiert kein Bildungsfundament im Blick darauf, was biblisches Menschenbild und Weltverständnis, was christlicher Glaube, was Gott – Vater, Sohn, Heiliger Geist – eigentlich bedeuten, was im Gottesdienst geschieht und was man unter christlichen Werten versteht. All das ist seit mehreren Jahrzehnten aus der Erziehung (Kindergarten, Schule) und Bildung (Studium, Aus- und Fortbildung) ausgeklammert.

Die These, daß christlicher Glaube die Menschen dumm, töricht und einfältig

macht, ist kein Lehrsatz geblieben, sondern hat sich tief im Geist und in der Seele vieler Menschen festgesetzt. So kann man in den neuen Bundesländern auch nicht von einer fortgeschrittenen Säkularisierung sprechen, sondern man muß klar feststellen, daß die Entkirchlichung in der Bildung eine **nicht-christliche Prägung der Gesellschaft** hervorgerufen hat, in der gar kein Bedürfnis mehr nach dem Christentum vorhanden ist.

Sinnfrage ausgeklammert

Das Bewußtsein und das Wissen von christlicher Kultur, von christlicher Prägung des Abendlandes und von christlichen Werten ist neu zu wecken. Die Rede von Gott und der Geburt seines Sohnes Jesus Christus trifft aber oftmals auf taube und unverständige Ohren und mit der zunehmenden Öffentlichkeitswirksamkeit der Kirchen auch auf Widerstand. Denn wir Christen werden überall sofort mit den realitätsorientierten Fragen konfrontiert: „Was bringt mir das?“ oder „Wie rechnet sich das?“ oder „Verschafft mit das eine dauerhafte Arbeitsstelle?“ oder ähnliches

Themen:

Werte	3
Europa	5
Parteitag	12
Jahreslosung	16

mehr. Nicht selten werden wir gefragt, mit welchem Recht wir einen Zustand des scheinbaren Fortschritts revidieren wollen.

In den vielen Jahrzehnten hat sich selbstverständlich eine eigene menschliche **Ritenkultur** herausgebildet, die bestimmte Abschnitte im Leben eines Menschen prägend begleitet. Diese sogenannten Passageriten lehnen sich an christliche „Bräuche“ an und sind klar zu benennen: statt Taufe gibt es die **Namensweihe**, statt Konfirmation/Firmung die **Jugendweihe**, statt kirchlicher Trauung die **festlichere Feier** auf dem Standesamt und statt Trauergottesdienst die **Trauerfeier** mit Beerdigungssprecher. So ist für alle Lebensabschnitte gesorgt. Warum noch der Kirche beitreten, Kirchensteuer zahlen, soweit man überhaupt entsprechenden Verdienst hat, und ebenso in der eigenen Kirchengemeinde das sogenannte Kirchgeld entrichten? Was nützt mir das?

Da die tiefere Sinnfrage ausgeklammert ist und für die oberflächliche Sinnfrage alles geplant und abgesichert ist, wollen die meisten Menschen von Kirche und christlichem Glauben auch gar nichts wissen. Das ist lästiges und überflüssiges Zeug; damit will man sich gar nicht weiter beschäftigen und muß es auch nicht, da das gesellschaftliche Umfeld keine Vorbildfunktion hat.

Fragen bei jungen Menschen wecken

Anders sieht die Situation heute in den **kirchlichen Kindergärten und Schulen** aus. Das bewußte Leben im Kirchenjahr mit dem Hervorheben der inhaltlichen Bedeutung von christlichen Festen weckt Fragen bei jungen Menschen und fordert zu neuem Nachdenken über längst eingeschliffene Bräuche und Riten heraus. Der liturgische Ablauf eines Gottesdienstes/einer Messe ist z.B. für einen entkirchlichten Menschen ein Buch mit sieben Siegeln. Wenn wir mit unseren sonntäglichen Angeboten offen und einladend sein wollen, wenn wir keine reine Insider-Veranstaltung durchführen, – dann müssen wir uns der Frage nach der Verstehbarkeit der liturgischen Gesänge und Sprache erneut und ganz bewußt stellen.

Wie schwer es ist und wie schwer es uns fällt, die Balance zwischen Bewahrung von guten Traditionen und Erneuerung im Blick auf zeitgemäße Ansprüche zu halten, zeigen alle Bemühungen in vielen Kirchengemeinden. Viele möchten **einladend und werbend** neue Wege gehen, aber sie möchten zugleich nicht die Menschen verlieren, die bisher treu durchgehalten haben und auf einer Bestätigung ihres bisherigen Glaubensweges bestehen.

Wir sind uns bewußt, daß dies kein Problem allein der Kirchen in den neuen Bundesländern ist, aber auf dem Hintergrund der oben erörterten entkirchlichten Sozialisation ist damit unterschiedlich umzugehen. Die Grundlagen bei uns im Osten ist nicht mehr die christliche Kultur.

Natürlich haben wir in den Kirchen die Hoffnung, daß eine Änderung herbeigeführt werden kann. Ein Weg dazu ist der christliche **Religionsunterricht** in den Schulen, ein anderer Weg ist die Vermittlung von christlichen Werten in Volkshochschulen, Akademien und Hochschulen und ein dritter ist das Engagement und die Übernahme von christlicher Eigenverantwortung in der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

50 Jahre Allgemeine Menschenrechtserklärung 10. Dezember 1948-1998

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“



So lautet Artikel 1 der ‚Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte‘, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde.

Wir müssen uns nur klar darüber sein, daß wahrscheinlich das Heranwachsen einer neuen Generation für diesen **enormen Bildungsprozeß** – zeitlich gesehen – nicht ausreicht. Alle Kräfte müssen wir kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wir christlich engagierten Menschen dafür einsetzen und dazu mobilisieren, daß nicht Zeit vertan wird und daß wir nicht durch interne kirchliche Auseinandersetzungen unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen.

Kirche im Dialog

Immerhin bilden die christlichen Kirchen und Gemeinschaften noch die größte geschlossene Gruppe in der Gesellschaft der neuen Bundesländer. Außerdem ist erstaunlich, welche Beachtung kirchliche Stellungnahmen und Äußerungen und diakonisch-caritative Handlungen in der gesamten Gesellschaft finden. Nicht zuletzt rührt dies von der wesentlichen Funktion her, die die Kirche in der Vorphase und Phase der Wende eingenommen hatte.

„Kirche“ hat eine **Position in der Öffentlichkeit** und in den Medien, „Kirche“ ist zum Dialog mit der Wirtschaft aufgefordert und bereit, und „Kirche“ ist als Partnerin von Politikerinnen und Politikern anerkannt. Mit diesem Pfund muß „Kirche“ wuchern, denke ich; die Zeit der Isolation, des Überlebenskampfes und des „Widerstandes“ gegen die Obrigkeit und das Gesellschaftssystem ist beendet.

Vor uns liegen **viele Aufgaben** der nichtreligiösen Interpretation religiöser Begriffe (Bonhoeffer), um Menschen mit der frohen Weihnachtsbotschaft bekanntzumachen. Was gibt es Schöneres, als anderen Menschen mit der guten Nachricht Mut zum Leben zu machen, daß Gott genauso wie wir als Mensch geboren ist, Freude und Leid erlebt hat und von daher mit uns von der Geburt bis zum Tod solidarisch ist?! Wie anspornend und verheißungsvoll, wenn wir Hoffnung wecken können, daß Gottes Liebe uns durch den Tod hinausträgt in seine ewige Nähe. ■

Anm.:

Klaus Wollenweber ist Bischof der Evangelischen Kirche der schlesischen Oberlausitz.

Jugendliche auf der Suche nach Orientierungen – Werteentwicklung mit Jugendlichen

Volker Elsenbast

Wenn in der Öffentlichkeit bei Kindern und Jugendlichen Krisenphänomene wie Gewalt in der Schule oder gestiegene Kriminalität thematisiert werden, dann wird der Ruf nach einer stärker an Werten orientierten Pädagogik lauter. Von Pädagoginnen oder Pädagogen sowie von Erziehenden insgesamt werden dann „Werteermittlung“ oder „Werteerziehung“ erwartet. Aber sind diese Strategien praktikabel oder überhaupt noch sinnvoll? Und: was sind Werte?

Im umfassenden Sinn sind Werte materielle oder ideelle Güter, die für bestimmte Menschen oder Menschengruppen wichtig geworden sind. Im Sinne von Wertvorstellungen beruhen sie auf „subjektive(n) Bedeutsamkeiten objektiver Gegebenheiten. Die Gegebenheiten haben einen bestimmten Befriedigungsgrad in Bezug auf die Interessen des betreffenden Subjektes, das die Gegebenheit oder Beschaffenheit für 'wert' befindet“ (Dieter Kirchhöfer).

Was machen wir mit Werten? Was machen Werte mit uns?

Wertvorstellungen können angesehen werden als „(1) als Überzeugungen, die (2) mit erstrebten Zuständen oder Verhaltensweisen zusammenhängen, die (3) situationsübergreifend sind, die (4) eine Leitfunktion für die Auswahl oder die Bewertung von Verhaltensweisen oder Ereignissen haben und die ihrer subjektiven Bedeutung nach geordnet sind“ (Roland Merten). Als **zentrale Leitlinien** beeinflussen sie die Einstellungen und Handlungen von Personen.

In unserem pädagogischen Handeln (z.B. als Unterrichtsthema oder im Gesprächsstil), in anderen beruflichen Handlungsfeldern (ob bei Beratungstätigkeit, Städteplanung oder Energie-

gewinnung) und in der alltäglichen Lebenspraxis (z.B. in den berühmterbüchtigten Stammtischgesprächen) werden Werte thematisiert und diskutiert. Versucht man einmal die Perspektive von Kindern und Jugendlichen als „Ankömmlinge“ in dieser Welt einzunehmen, so weitet sich der Blick noch einmal: Ihr Aufwachsen wird begleitet von den Fragen: Was und wer ist etwas wert? Was ist etwas für mich wert? Was bin ich – mir und anderen – wert?

Welche Quellen sie zur Beantwortung dieser Fragen nutzen oder sich ihnen aufdrängen, können wir so genau gar nicht sagen. Aber prinzipiell können Kinder und Jugendliche alles, was ihnen in ihrem Alltag begegnet, daraufhin überprüfen, ob es ihnen bei der Beantwortung dieser Fragen weiterhilft. So merken sie sehr bald, daß sie gut daran tun, zwischen den Werten der Erwachsenen, die sie gegenüber anderen Erwachsenen, aber auch ihnen gegenüber propagieren und postulieren – z.B. sogenannten **Grundwerten** –, und den Werten, die in der Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen *praktiziert* werden, zu unterscheiden.

Sie sind überdies in eine dezentrierte, demokratische Gesellschaft hineingeboren, die nicht in gleicher Weise bisherige Werte und Werte überhaupt verkörpern und durchsetzen kann. In ihr existieren immer mehr **konkurrierende** und sogar miteinander unvereinbare **Wertsysteme**. Konsens in der Propagierung und Praktizierung wird immer geringer und kann damit auch immer weniger als Grundlage für Verbindlichkeit dienen. Verbindlichkeit im Zusammenleben muß immer mehr in der Anerkennung der Differenz – auch von Werten ihren Ausgangspunkt nehmen.

Ein anderes Feld, in dem sich Begleitung, Verlangsamung und Reflexion nicht nur für Jugendliche als hilfreich er-

weisen, besteht in den Situationen, in denen wir gezwungen sind zu handeln und zwischen verschiedenen Werten zu entscheiden. Für Jugendliche kann das z.B. heißen: Ist mir die **Anerkennung durch die Gleichaltrigen** so viel wert, daß ich mich am Ladendiebstahl beteilige? Ist mir die Freundschaft zu einem Jungen so viel wert, daß ich hinnehme bzw. decke, daß er mit Drogen dealt? Wertkonflikte, Normkonflikte sind in der psychologischen Forschung und in der pädagogischen Praxis unter dem Begriff des „**moralischen Dilemmas**“ bekannt geworden. Aber auch in nahezu jedem Planspiel kann beobachtet werden, wie situative Bedingungen dazu nötigen, zwischen verschiedenen Werten abzuwägen, oder wie sich die Gewichte verschieben.

Haben Jugendliche keine Werte mehr?

Die Jugendlichen lassen sich nicht in die Muster der materiellen, postmateriellen und sozialen Werte einordnen. Die Unterscheidungslinien scheinen woanders zu verlaufen. Die letzte **Shell-Jugendstudie** läßt vermuten: Werte werden in der Schwebe gehalten und anscheinend noch einmal auf ihren Wert für das eigene bevorstehende Leben vor dem Hintergrund des gegenwärtigen und vergangenen Lebens befragt. Sich eigentlich widersprechende Werte werden von Jugendlichen gleichermaßen bevorzugt. So wäre „die Unschärfe zwischen den einzelnen Wertorientierungen und ihre verwirrende Gleichzeitigkeit eher zu verstehen als eine 'Anpassung' an und 'Reflex' auf eine Situation, die ihrerseits von Unschärfe, Konturenunklarheit, Diffusität und Widersprüchlichkeit geprägt ist“ (Richard Münchmeier).

Die Chancen, eine gute Jugend – im Sinne von Bildung, Freiräumen, Entfaltungsmöglichkeiten – zu erhalten, mögen in der Zwischenzeit gewachsen sein. Aber was diese Bildung und Qualifikation, also diese Jugend für die Jugendlichen in ihrem späteren Leben wert sein, kann kaum noch gesagt werden. Drum schauen Jugendliche – laut der Studie ganz besonders die Mädchen in Ostdeutschland – mit „gemischten Gefühlen“ in die Zukunft und wohl

auch auf die Werte, die Erwachsene ihnen vorstellen.

Arbeitsplätze oder Werte?

Auch ein Ergebnis der Shell-Studie: **Arbeitslosigkeit** wird von Jugendlichen nicht nur als größtes Problem der Gesellschaft, sondern auch als Hauptproblem der Jugendlichen gesehen. Dieses Problembewußtsein ist bei beschäftigten Jugendlichen sogar ausgeprägter als bei arbeitslosen. Wertediskussionen dürfen daran nicht vorbeigehen, daß die **Lebensperspektiven** für Jugendliche viel brüchiger geworden sind, weitaus **ungesicherter** – vergleichbar den Lebensentwürfen, wie sie für Mädchen und junge Frauen schon immer typisch waren, die riskantere Übergänge zwischen Ausbildungsphasen, Berufstätigkeiten und Familienphasen einzukalkulieren hatten.

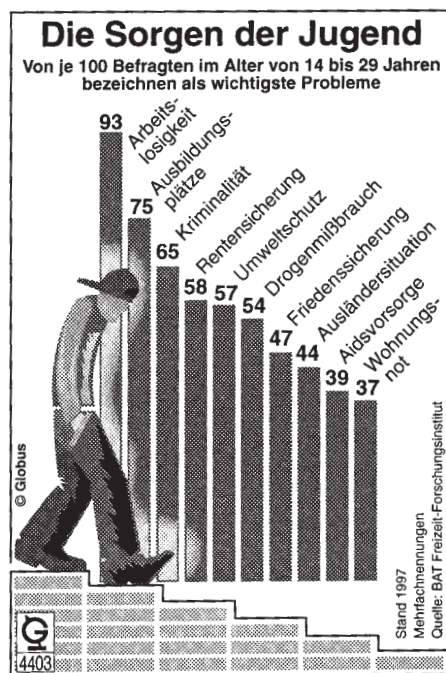
Daß die Existenzsicherung unter vollkommen veränderten Bedingungen von Jugendlichen „auf die Reihe“ gebracht werden muß, gibt den Rahmen für Wertfragen ab und läßt Wertpräferenzen sekundär erscheinen: Leistungsbeurteilung und Qualifikationen mögen zwar immer noch notwendige Voraussetzung für Erwerbstätigkeit sein, aber hinreichend sind sie bei weitem nicht – nicht nur Arbeitsplätze verschwinden und entstehen, auch Berufe verschwinden und entstehen.

Leben als Wert?

Aus dem bisherigen kann man schlußfolgern, daß Jugendliche heute – vielleicht eher erzwungen als freiwillig – ihr Leben selbst zu gestalten haben und verantwortlich in den Blick nehmen. Zumindest ihr eigenes Leben. Aber daß das Leben miteinander und das Leben insgesamt für sie einen Wert darstellen könnte, darauf weist das Vertrauen, das sie in Umwelt-, Naturschutz- und Menschenrechtsgruppen, aber auch in Gerichte und die Polizei setzen (Parteien, politische Gremien und Großinstitutionen wie die Kirchen schneiden schlecht ab). Also eine besondere Mischung von vertrauenswürdigen Institutionen.

Es läßt sich fragen: Für welche Werte stehen sie? Oder geht es darum, daß sie

glaubwürdig und *kompetent* für diese Werte stehen? Oder daß sie den Umgang mit dem Leben, den Umgang miteinander – vor allem in den konfliktreichen und zerstörerisch-bedrohlichen Aspekten – *moderieren*, *regeln*, in ihm *Partei ergreifen* und nach geregelten



Verfahren *Entscheidungen treffen*? Und: Jugendliche identifizieren sich nicht so sehr mit Gruppen wie Greenpeace oder amnesty international, sondern weisen eine Distanz zu ihnen auf, *sympathisieren* mit ihnen.

Konsequenzen für die Jugendarbeit

Jugendarbeit insgesamt, aber auch die kirchliche Jugendarbeit für sich genommen, weist ein großes Spektrum von Formen auf. **Wertbezogenes Lernen** wird mehr oder weniger in ihnen intendiert sein, mehr oder weniger in ihnen geschehen. Einige Aspekte sollen herausgegriffen werden:

Wo sich Jugendkulturarbeit und Jugendbildungsarbeit berühren, haben internationale Begegnungen und **interkulturelles Lernen** ihren Ort. So bietet z.B. die Aktion Sühnezeichen ein Dialogprogramm mit Israelis, in Israel lebenden Arabern und Deutschen an. Wechselweise wird in den verschiedenen Familien gewohnt, gemeinsam nach Jerusalem gereist. Zunächst noch fremde Religionen und Lebensgewohnheiten, vor

allem aber politische Erfahrungen und Überzeugungen stehen sich teilweise feindlich gegenüber – „eine Gratwanderung zwischen Verletzlichkeit und Identität einerseits und der Bereitschaft zur Toleranz und Zurückhaltung andererseits“ (Bernhard Hillenkamp).

Jugendverbandsarbeit und kirchenge-meindliche Jugendarbeit haben großes Gewicht auf die *soziale* Verbindlichkeit gelegt. Wenn auch die wöchentliche Jugendgruppe nicht mehr das Modell für Jugendarbeit sein kann (welche Form kann das?), für die persönliche Entwicklung z.B. in der (parteilichen) Mädchen(bildungs)arbeit sind langfristige und **kontinuierliche Begegnungsformen** wichtige Voraussetzungen für Erfahrungen von Stärke, Vertrauen und Selbstwertgefühl – in einer Gesellschaft, deren Alltag von der Abwertung von Frauen und Weiblichem durchzogen ist.

Jugendarbeit kann in Projekten gestaltet werden. Allerdings sollte **Projekt** im engeren Sinne verstanden werden: als Bearbeitung von Problemen, als Wechsel von Planen, Handeln und Reflexion **mit der Partizipation der Beteiligten**, der Kontrolle und der Darstellung der Ergebnisse. Ob nun eine Konfirmationsgruppe das Thema Ladendiebstahl (mit Bezug zu den 10 Geboten) bearbeitet, sich mit Bestohlenen beschäftigt sowie mit Dieben und den moralischen Konflikten in ihren Lebenslagen auseinandersetzt; ob jugendliche Skinheads einen Fischkutter flottmachen und von Rügen in die Fremde – zur Insel Mön – fahren – Erfahrungen des Wertseins und Wertschätzens, der Anerkennung des Anerkanntseins sind zu ermöglichen. Garantieren, daß sie gemacht werden, kann keiner; aber garantieren, daß sie unter bestimmten Bedingungen nicht gemacht werden können, das geht: Man kann jemanden zum „Pawn“ (dem Bauer auf dem Schachbrett) machen, aber zum „Origin“, zum Ursprung des eigenen Handelns kann man ihn oder sie nur werden lassen.

Und die Gesellschaft?

Jugendliche sind mit Problemen konfrontiert und haben Interessen, der sich die Jugendarbeit schon längst nicht mehr umfassend annehmen kann

(wenn sie das überhaupt einmal konnte). Das heißt, die Gesellschaft darf die Jugendarbeit nicht allein lassen, und die Politik darf der Pädagogik nicht die Lösung der Probleme zuschieben, für die erstere zuständig und ausgestattet ist. Unsere Gesellschaft scheint sich von den Kindern und Jugendlichen zurückzuziehen. Dieser Rückzug war in seiner Dramatik in Ostdeutschland in der Zeit nach 1989 wie in einem Brennglas, in ei-

nem Zeitraffer zu beobachten und ist neben der „fürsorglichen Belagerung“ eine weitere Variante des unguten Umgangs mit Kindern und Jugendlichen.

Die Botschaften, die ihnen Architektur, Städtebau und Raumplanung senden, die Partizipationsmöglichkeiten in der kleinen Politik und der großen Politik, die Ausflucht in Beziehungen, die Dinge regeln, – von einem wertorientier-

ten und zukunftsfähigen Verhältnis zwischen den Generationen sind wir in Deutschland noch ein gutes Stück entfernt. ■

Anm.:

Volker Elsenbast ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Comenius-Institut – Evangelische Arbeitsstätte für Erziehungswissenschaft e.V. in Münster.

Europa: eine christlich-abendländische Wertegemeinschaft?!

Jochen Borchert

Vor einem Monat hat Bundespräsident Roman Herzog in Münster gemeinsam mit den Oberhäuptern vieler europäischer Staaten des 350jährigen Jubiläums des Westfälischen Friedens gedacht. Der Westfälische Frieden markiert zweierlei: Er steht für das Ende eines Krieges, der für die europäische und vor allem auch für die deutsche Geschichte verheerend war. Der Westfälische Frieden markierte zugleich aber auch den Beginn einer neuen Epoche Europas. Hier wurden die Grundlagen einer Rechts- und Staatskonzeption gelegt, die bis heute gültig ist. Hier wurden die Grundlagen des künftigen Europa geschaffen.

Wie damals beim Friedensschluß in Münster und Osnabrück vor 350 Jahren geht es heute um die Schaffung einer neuen Ordnung: **die Europäische Union**. An der Ausgestaltung dieser Friedens- und Freiheitsordnung mitzuwirken, ist Auftrag und Verpflichtung für evangelische Christen und ein besonderes Anliegen des **Evangelischen Arbeitskreises**.

Die christlichen Kirchen haben den europäischen Integrationsprozeß eng begleitet und vielfach beeinflußt. Das Christentum hat für die politische und kulturelle Entwicklung in Europa eine besondere Prägestärke entfaltet. Wenn

die europäische Integration auf der Gemeinsamkeit von Wertungen und Orientierungen gründet, ist dabei eben auch an den christlichen Glauben zu denken.

Zusammenspiel von Christentum und EU

Augenfälligstes Merkmal des Zusammenspiels von Christentum und Europäischer Union ist wohl die Durchdringung der europäischen Rechtsordnung vom **Subsidiaritätsprinzip**. Das Prinzip der Subsidiarität fand durch den Vertrag von Maastricht Eingang in die europäische Rechtsordnung. Es ist in Art. 3b des EG-Vertrages verankert und hat damit quasi die Stellung eines Verfassungsgrundsatzes. Die christliche Soziallehre begreift das Prinzip der Subsidiarität in einer zweifachen Dimension: Erstens als Interventionsverbot, das die Individuen und kleineren gesellschaftlichen Einheiten vor den Eingriffen der größeren schützt. Und zweitens als Hilfsangebot, das die größere Einheit verpflichtet, den kleineren bei Hilfsbedürftigkeit „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten. Dementsprechend fordert das Subsidiaritätsprinzip von den übergeordneten Instanzen größte Zurückhaltung: Was das Individuum vermag, darf nicht von der Gesellschaft beansprucht werden. Was die kleine Sozialeinheit vermag, darf die größere nicht an sich ziehen.

Im europäischen Kontext geht es vor allem um das Zuordnungsverhältnis der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ihrer Regionen und Länder gegenüber den europäischen Institutionen. Bezogen auf Europa hebt das Subsidiaritätsprinzip die regionalen und nationalen Kompetenzen nicht auf, sondern stärkt sie, wenn nicht der Nachweis geführt wird, daß ihre partielle Verlagerung auf die europäischen Entscheidungsebenen notwendig und für alle Mitgliedstaaten von Nutzen ist. Dieses Verständnis von Subsidiarität wurde in einem Protokoll zum **Vertrag von Amsterdam** nochmals ausdrücklich bestätigt.

Seit dem Vertrag von Amsterdam hat das Subsidiaritätsprinzip überhaupt wieder Hochkonjunktur. So stand die Umsetzung des Subsidiaritätsprotokolls auf der Tagesordnung des letzten Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs im österreichischen Pörtlach. In Bezug auf die zukünftige Aufgaben- und Kompetenzverteilung in der Europäischen Union kamen die Staats- und Regierungschefs darin überein, daß die EG-Rechtsetzung der letzten fünf Jahre einer kritischen Überprüfung im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip unterzogen werden muß.

Christentum in der Defensive?

Alles dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Christentum weder nur „europäisch“ ist, noch Europa nur „christlich“ ist: Zunächst einmal gehören zu Europa Córdoba und Granada – Symbole islamischer Präsenz – und Städte wie das alte Toledo oder das Prag der Vorkriegszeit mit seinen jüdischen Traditionen. Und – was viel gra-

vierender ist – heute fühlt sich das Christentum in praktisch ganz Europa in der Defensive. Diese Defensivstimmung gilt für die Lutheraner des Nordens ebenso wie für den Katholizismus des iberischen Südens oder die Orthodoxen in Rußland. Diese Stimmung resultiert wohl weniger aus der Stärke anderer Glaubensgemeinschaften als vielmehr aus der eigenen Schwäche.

Europa ist in den letzten Jahrzehnten wenn nicht weniger christlich, so doch jedenfalls weniger kirchlich geworden. **Europa gleicht heute einem Leopardenfell** mit versprengten kirchlichen Regionen. Die Standardbemerkung, daß Europa eine „christlich-abendländische Wertegemeinschaft“ sei, die sich konkret in der Europäischen Union ausdrücke, erscheint vor diesem Hintergrund heute mehr als eine historische Reminiszenz, denn als konkrete Wirklichkeit.

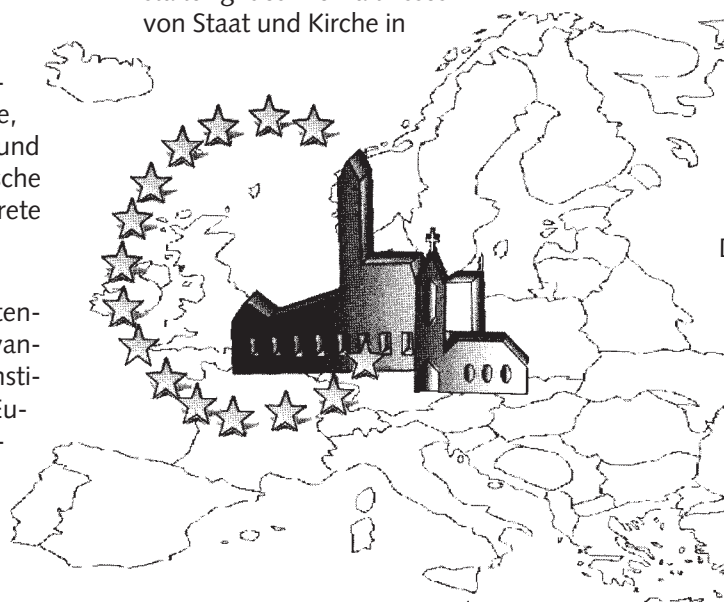
Der stetige Rückzug des Christentums in Europa betrifft die Evangelische Kirche auch in ihrer institutionellen Rolle. Von der Europäischen Gemeinschaft gingen bisher keine gezielten auf das Verhältnis von Staat und Kirche gerichteten Aktivitäten aus. Erst als das Europarecht immer häufiger auch kirchenrelevante Materien berührte, wurde die Notwendigkeit einer Absicherung der institutionellen Rolle der Kirchen auf europäischer Ebene gesehen. So wurde dem Vertrag von Amsterdam, nicht zuletzt aufgrund der massiven Intervention von Helmut Kohl, eine **Erklärung zum Status der Kirchen** und weltanschaulichen Gemeinschaften beigefügt, in der es heißt: „Die Europäische Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht. Die Europäische Union achtet den Status von weltanschaulichen Gemeinschaften in gleicher Weise.“

Ein erster Schritt ist damit getan. Die Europäische Union nimmt Kirchen- und Religionsgemeinschaften immerhin erstmals offiziell zur Kenntnis und bestätigt

die jeweilige nationale Kompetenz. Die Erklärung reicht aber keinesfalls aus. Denn darüber, ob sich die Europäische Union zukünftig einem französischen Staat-Kirchen-Denken und damit einer laizistischen, ganz auf radikale Trennung gerichteten Mentalität, die in Brüssel wohl insgesamt vorzuherrschen scheint, zuwendet, ist noch keine Entscheidung getroffen.

In der Gesellschaft Akzeptanz finden

Für die evangelische Kirche wird es besonders schwer sein, in dieser Auseinandersetzung über die zukünftige Ausgestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche in



Europa zu bestehen. Sie hat – im Vergleich zur katholischen Kirche – mit größeren Unterschieden bereits in den nationalen Regelungen zu kämpfen: Die schwedische Staatskirche nimmt eine andere Rolle als die anglikanische Kirche ein, das deutsche Staatskirchenrecht weist wiederum seine eigenen nationalen Besonderheiten auf.

In jedem Fall gilt, daß die evangelische Kirche sich in dem Ringen um ihren Platz in der Europäischen Union nur dann wird behaupten können, wenn sie in der Gesellschaft für ihre Anliegen Akzeptanz findet und den ihr angebotenen Raum glaubwürdig auszufüllen weiß. Und so muß sich die evangelische Kirche der skeptischen und selbstkritischen Frage stellen, die am besten mit der Bibel selbst zu formulieren ist: „Wenn nun das Salz nicht mehr salzt, womit soll man salzen?“ (Mt. 5,13).

Die evangelische Kirche wird ihre abnehmende Bedeutung als gesellschaftliche Kraft nur dann umkehren können, wenn sie sich auf ihre eigentlichen Aufgaben, **die Verkündung des Wort Gottes** wie auch die seelsorgerliche Arbeit vor Ort besinnt. Das heißt nicht, daß sie sich aus der Diskussion über gesellschaftliche Herausforderungen gänzlich verabschieden soll.

Aber es gilt zu überdenken, wozu sie sich im einzelnen äußert. Und es gilt zu hinterfragen, ob sie viele aktuelle Themen in den vergangenen Jahren nicht zu einseitig und am Zeitgeist orientiert aufgegriffen und damit in der Gesellschaft nicht nur Zustimmung geerntet hat. Das gilt nicht zuletzt auch für die Äußerungen der Evangelischen Kirche zum europäischen Einigungsprozess.

Der Titel der Denkschrift der EKD von 1991 **„Verantwortung für ein soziales Europa“** deutet die thematische Begrenzung an. Von einer nur mangelhaften europäischen Sozialpolitik und einer verpflichtenden Einführung sozialer Grundrechte sowie Mindestvorschriften ist viel zu lesen. Von einer europäischen Freiheitsordnung, die dem Einzelnen nie gekannte Freizügigkeit einräumt und dem Einzelnen ungeahnte Entfaltungsspielräume eröffnet, von freiem Unternehmertum und den kreativen Energien, die die europäische Wettbewerbsordnung zu entfesseln vermag, ist dafür um so weniger die Rede.

Die EKD-Denkschrift hat nur noch wenig gemein mit dem, was evangelische Christen Anfang der 40er Jahre dieses Jahrhunderts als Konzept für eine politische und wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands und auch Europas für die Zeit nach dem Krieg entworfen haben. Der sogenannte **Freiburger Bonhoeffer-Kreis**, eine Zusammenkunft protestantischer Wissenschaftler, Politiker und Theologen, der so herausragende Persönlichkeiten wie Franz Böhm, Walter Eucken, Carl Goerdeler, Gerhard Ritter und Helmut Thielicke angehörten, hatte

im Auftrag von Dietrich Bonhoeffer eine freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung konzeptionell entwickelt, die auf der ersten Weltkirchenkonferenz nach Beendigung des Krieges beraten werden sollte.

Die Denkschrift ist geprägt vom Bekenntnis zum freien Rechtsstaat und der Bejahung der Marktwirtschaft. Heute zählt diese Freiburger Denkschrift nicht nur zu einem der wenigen erhaltenen Ausarbeitungen der „Bekennenden Kirche“ und zu einem der wenigen protestantischen Zeugnisse eines „anderen Deutschlands“, sondern auch zu einer der wesentlichen geistigen Quellen des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft.

Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist kein beliebiges System von Angebot und Nachfrage, sondern eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die **auf klaren Wertentscheidungen beruht** und maßgeblich von den sozial-ethischen Traditionen des Protestantismus geprägt ist. Die Soziale Marktwirtschaft kann nur verstehen, wer sie als Wettbewerbsordnung begreift, die den Menschen in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit am ehesten gerecht wird. Jeder kann sich mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten einbringen, ohne dem Druck anderer ausgesetzt zu sein. Der Wettbewerb ist es, der zu neuen Ideen und zu Leistung anspornt; er ist die Grundlage für Entwicklungsmöglichkeiten und damit für Fortschritt und Wohlstand. Jede Beschränkung des Wettbewerbs führt demgegenüber zu Stillstand.

Es waren gerade diese Grundüberzeugungen von einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die bei der Geburt des europäischen Einigungswerkes Pate standen. Es waren bisher vor allem die ökonomischen Errungenschaften des freien Binnenmarktes, die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ebenso einschloß wie die Freiheit von Waren, Kapital und Dienstleistungen, die den europäischen Integrationsprozeß zu einer Erfolgsgeschichte ohne Beispiel machten. **Der wirtschaftliche Erfolg zog die politische Einigung Europas nach**

sich. Was mit der Montanunion begann, setzte sich mit dem europäischen Binnenmarkt fort und mündet vorerst in der Europäischen Union als einer politischen Union.

Wer heute nicht erkennt, daß Europa vor allem für einen bunten Strauß an Handlungsspielräumen, Entwicklungschancen und Entfaltungsmöglichkeiten

steht, mithin für mehr Freiheit des Einzelnen, wer nicht erkennt, daß am Anfang des europäischen Einigungsprozesses die Verwirklichung einer freien Wirtschaftsordnung für ganz Europa stand, dem wird sich der tiefere Sinn eines gemeinsamen Europa nicht erschließen. Der wird auch die Bürgerinnen und Bürger für dieses Projekt nicht begeistern können, sondern im Abseits stehen. ■

„Gleichheit – die sozialethische Falle“

Dr. Donat Kluxen-Pyta

In ihren Wahlanalysen heben Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach hervor, daß die unterschiedliche Bewertung von Freiheit und Gleichheit nach wie vor ein prägnantes Unterscheidungsmerkmal für die politischen Grundeinstellungen in Deutschland ausmacht. Wer Freiheit für das höchste Gut hält, habe dabei eine aktive Sicht vom Bürger, wer Gleichheit höher hält, erwarte dagegen vom einzelnen Bürger weniger und setze mehr auf den eingreifenden Staat.

Besonders virulent ist diese Grundeinstellung, wenn es um das Verständnis des Sozialstaates und sein Verhältnis zur Wirtschaft geht: Die einen wollen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Freiheit, Eigenverantwortung und Subsidiarität ernst machen, die anderen plädieren für mehr Geborgenheit und Sicherheit. Halten die einen daran fest, daß gerade im Interesse der ganzen Gemeinschaft und der Sicherung des sozialen Netzes wirtschaftliche Freiheit und damit ein erhebliches Maß an sozialer Ungleichheit sein müssen, beklagen die anderen eine drohende „Spaltung“ der Gesellschaft durch zunehmende soziale Ungleichheiten zwischen den Bürgern.

Für die **Gleichheitsidee** steht beispielhaft der amerikanische Philosoph *John Rawls*.

Er meint, daß Ungleichheit insofern erlaubt ist, als sie letztlich die Basis für eine möglichst breite und damit gleiche Verteilung von Gütern sichert. Eigentlich müssen soziale Grundgüter gleichmäßig verteilt werden – es sei denn, daß eine ungleiche Verteilung allen zum größeren Vorteil gereicht. Sozio-ökonomische Ungleichheit ist demnach gerechtfertigt durch ihre Notwendigkeit für die Wohlfahrt der Gemeinschaft. Die Ungleichverteilung ist in dieser Sicht aber auch *nur insofern* und *in dem Maße* zulässig, wie sie diese soziale Wirkung tatsächlich entfaltet.

Weil nur verteilt werden kann, was auch erwirtschaftet wird, und weil für ein erfolgreiches Wirtschaften der Leistungswettbewerb und entsprechende Leistungsanreize notwendig sind, dürfen also Unternehmer, Selbständige, Manager und andere Leistungsträger mehr verdienen als andere. Der „Besserverdiener“ muß sich dann „freikaufen“, indem er sein verdientes Geld weder an der Cote d'Azur verprasst noch wie Dagobert Duck hortet; er muß es in das gesamtwirtschaftliche Vermögen wieder einspeisen und – über Steuern und Abgaben – der Allgemeinheit zugute kommen lassen. Der Ruf nach einer Vermögenssteuer wie einer erhöhten Erbschaftssteuer erfreut sich in diesen Tagen daher neuer Popularität. Die Denkfigur ist also die, daß prinzipielle Gleichheit unter den Menschen zu herr-

schen habe und Ungleichheit letztlich eine *Abweichung der Gleichheit* sei, und diese auch nur insoweit gerechtfertigt, wie sie ökonomisch unabdingbar ist.

Korrektur der Schöpfung

Nun wissen auch die eifrigsten Egalitaristen, daß die Menschen in mancher Hinsicht gleich, in anderer Hinsicht ungleich sind. Es sind vor allem die „**natürlichen**“ **Ungleichheiten**, wie Begabung, gesellschaftliche Ausgangsposition, Bildungshintergrund, persönliche Schwächen und Stärken, die bleibende Unterschiede zwischen den Menschen ausmachen. Es ist auch der Faktor „Glück“, ja der Zufall. Es ist für diesen Standpunkt nur konsequent, auch diese Unterschiede als *Verteilungsfragen* zu bewerten. Vor allem aus diesem Grund ist der ausgebaute Wohlfahrtsstaat eine Konsequenz der Gleichheitsprämisse. Die nicht-vorhandene natürliche und soziale Ausgangs-

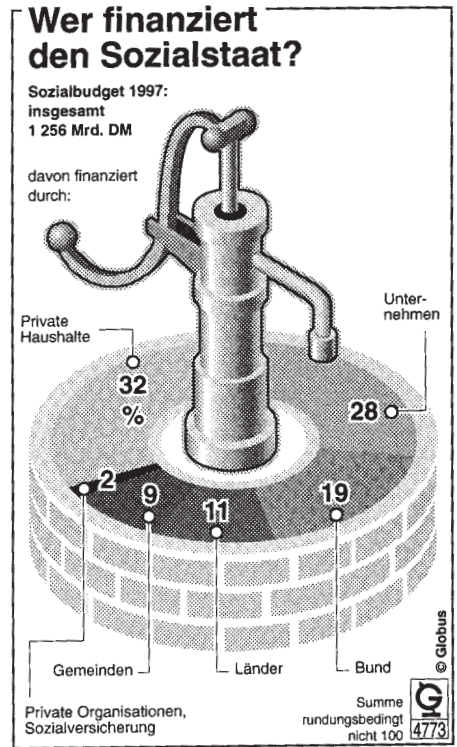
taristische Wohlfahrtsstaat will damit letztlich eine „Korrektur der Schöpfung“, meint der Kieler Philosoph *Wolfgang Kersting*. Er sieht hinter dem Ideal des Wohlfahrtsstaats eine Art „säkulare Heils- und Erlösungslehre“. Das Sozialsystem wird in den Rang einer Staatsversicherung gegen alle Lebensrisiken erhoben; es soll die unterschiedlichen Gegebenheiten des menschlichen Lebens restlos ausgleichen, die Zufälligkeiten minimieren und damit so etwas wie Schicksal und Unglück abschaffen.

Was dem lieben Gott oder Mutter Natur nicht recht gelungen ist, will der **perfektionierte Wohlfahrtsstaat** richtig stellen. Der Egalitarismus rücke den Wohlfahrtsstaat in religiöse Dimensionen, meint Kersting: zu einer Art „Zweit-schöpfung“, in der die moralischen Versäumnisse der Begabungsverteilung der „Erstschöpfung“ dadurch korrigiert werden, daß die Benachteiligten begünstigt werden und die Begünstigten ihre Heimvorteile nachträglich durch hohe Abgaben erst noch „verdienen“ müssen.

Unmoralische Wirtschaft?

Nehmen wir Konkurrenz, Leistungswettbewerb und Ungleichheiten nur notgedrungen „in Kauf“? Ist die Wirtschaft – leider – als Finanzier sozialer Leistungen in der modernen Massengesellschaft unverzichtbar, sonst aber ohne ethische Qualitäten? Herrscht im Markt der reine Egoismus und im Sozialstaat Altruismus?

Der amerikanische Sozialethiker *Michael Novak* hat einen anderen Ansatz. Nicht Gewinnstreben, Profitgier und andere Negative seien die eigentlichen Antriebsfedern in der Marktwirtschaft. Der anthropologische Kern sei vielmehr die **Kreativität** der menschlichen Person: „Das Herzstück eines kapitalistischen Systems ist das Vertrauen auf die kreative Fähigkeit der menschlichen Person“. Entdeckung, Innovation und Erfindung sind es, mit denen die ungeheure Dynamik erst möglich ist, die unser freiheitliches Wirtschaftssystem vor allem kennzeichnet.



Neue Möglichkeiten werden von unternehmerischer Vorstellungskraft spontan erkannt, die Aktivität richtet sich darauf, neue oder bessere Güter oder Dienstleistungen bereitzustellen. Offenheit, Kooperation, Experimentierfreude und Wagemut sind die **Tugenden der Marktwirtschaft**. Das biblische Bild des Menschen als freien und verantwortlichen Geschöpf, das am Schöpfungswerk Gottes teilhat, schält Novak deshalb als moralischen Kern der freiheitlichen Ökonomie heraus.

Ungleichheit hat in dieser Sicht von Wirtschafts- und Sozialpolitik sofort eine ganz andere Bedeutung als im Wohlfahrtsstaatsmodell nach John Rawls: sie ist Ausdruck von Individualität und Folge der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Ungleichheit ist keine Abweichung von der Norm, sondern Zeichen für die Vielfalt menschlichen Seinkönnens.

Der Sozialstaat hat so verstanden ein anderes Ziel: er ist kein Umverteilungsapparat der Gleichheit, sondern dient der Sicherung und **Herbeiführung der Selbständigkeit** seiner Bürger. Er dient ihrer Freiheit, nicht ihrer Gleichheit. Gleich sind die Freiheitsrechte der Bürger. Deshalb soll jeder die Chance zur Selbsthilfe und zur eigenverantwortli-

Bitte schon vormerken:

37. Bundestagung des EAK der CDU/CSU

28./29. Mai 1999
 Dreikönigskirche,
 Hauptstr. 23, Dresden

Weitere Infos unter:
 02 28/544-302

gleichheit soll nachträglich ausgeglichen werden; weil dies aber nie ganz gelingen kann, sind ständig neue soziale Maßnahmen nötig.

Selbstverantwortete Ungleichheiten durch Leistungen sind demnach zulässig, nicht aber solche Ungleichheiten, die durch natürliche oder zufällige, begabungs- und sozialisationsbedingte Differenzierungen entstehen. Der egali-

chen Verbesserung seiner Lage haben. Umfängliche Maßnahmen zur Sicherung der Chancengerechtigkeit und der optimalen Ausgangsbedingungen für jeden sind damit selbstverständlich eingeschlossen. Die ausgleichende Gerechtigkeit zielt auf die Stärkung der Fähigkeiten der Person, in den Prozessen von Wirtschaft und Gesellschaft aktiv mitzuhalten.

Chancengerechtigkeit – nicht Ergebnisgleichheit

Die christliche Sozialethik spricht heute lieber von Partizipations- als von sozialer Gerechtigkeit: es geht um Chancengerechtigkeit, nicht um Ergebnisgleichheit. Das Soziale an der Sozialen Marktwirtschaft, wie Ludwig Erhard es sah, ist Wohlstand für alle – nicht Sozialleistung für jeden. Deshalb hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine solche, auch ethische Bedeutung: weil es mit der Frage nach Arbeit auch um die Chance zur eigenverantwortlichen Lebensführung geht.

In der Bundestagswahl hat sich der **Wunsch nach „Geborgenheit“** durchgesetzt, nicht nach einer Politik der Eigenverantwortung. Deutlich zu machen, daß sich soziales Engagement nicht am Ausmaß der gesellschaftlichen Umverteilung bemißt, daß Freiheit auch Ungleichheit mit sich bringt und dies kein Fehler im System ist – das wird eine entscheidende Aufgabe der CDU sein, um wieder Mehrheiten zu gewinnen. Der egalitäre Wohlfahrtsstaat trägt Züge einer innerweltlichen Erlösungslehre: Deshalb hat er weit weniger Recht, sich als „christliche“ Sozialpolitik zu empfehlen als eine Sozial- und Wirtschaftspolitik, die auf Eigenverantwortung und Kreativität setzt und der gottgegebenen Individualität der Menschen Raum läßt. ■

Anm.:

Dr. Donat Kluxen-Pyta ist bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zuständig für den Bereich Planung, Koordination, Grundsatzfragen.

Vergessen? Erinnerungen an Helmut Thielicke

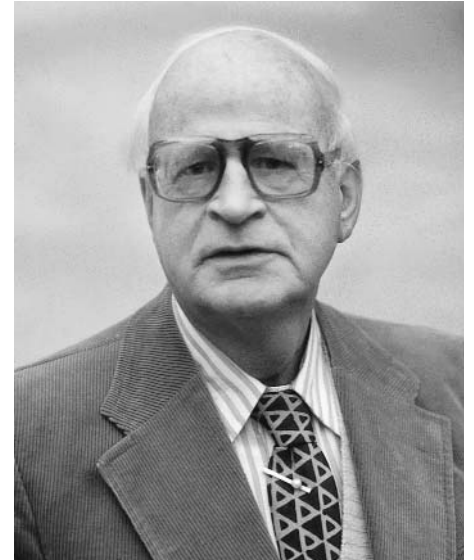
Karsten Matthis

Zu seinen Lebzeiten gehörte Helmut Thielicke zu den populärsten deutschen Theologen der Nachkriegszeit. Sein literarisches Lebenswerk kann es mit der Schaffenskraft Karl Barths oder Paul Tillichs aufnehmen.

Einem großen Leserkreis wurde Thielicke durch seine Predigtwerke („Das Bilderbuch Gottes“, 1957), Reiseerzählungen und die Autobiographie „Zu Gast auf einem schönen Stern“, die nach ihrem Erscheinen im Jahr 1984 monatelang auf der Bestsellerliste vertreten war, bekannt. Seine vierbändige Ethik (1951-64) und Dogmatik (Der evangelische Glaube 1968-78) waren in der theologischen Wissenschaft der Nachkriegsära von großer Bedeutung. Beide Werke sind der lutherischen Tradition verpflichtet, ohne dabei in eine konfessionelle Erstarrung zu verfallen.

„Ein Leben für Kanzel und Katheder“

Obwohl Thielicke vielfältige Anregungen von der dialektischen Theologie Karl Barths erhielt, setzt er sich von ihr ab und nimmt eine eigenständige, lutherisch geprägte Position ein. Thielickes publizistisches Werk umfaßt mehr als 700 Titel. Nicht nur seine Bücher erreichten eine Millionenaufgabe, sondern auch seine eindrucksvollen Predigten und Vorträge zogen ein breites Publikum an. Als begnadeter Prediger und Redner genoß er hohes Ansehen über den kirchlichen Bereich hinaus. Mit seiner 1969 ins Leben gerufenen **Projektgruppe „Glaubensinformation“**, eine Initiative von Pastoren, Hochschulassistenten und Studenten, hat er viele kirchenferne Menschen angesprochen. Er öffnete diesen damit Zugänge zum Christsein im Zeitalter der Säkularisierung.



Prof. Dr. Helmut Thielicke
* 4. 12. 08 - † 5. 3. 86

Thielicke wurde am **4. Dezember 1908** als Sohn eines Rektors in Barmen (Wuppertal) geboren. Er habilitierte sich 1936 als Dozent für systematische Theologie in Erlangen. Seine Habilitation konnte er gegen den Widerstand Werner Elerts durchsetzen, der gegen die Nähe Thielickes zur Bekennenden Kirche Bedenken erhob. Elert, Dekan der theologischen Fakultät Erlangen, hatte sich gegen die Barmer Theologische Erklärung ausgesprochen, Thielicke hatte diese hingegen befürwortet.

Entfremdung von Universität und Kirche

1940 wurde Thielicke von den Nazis mit einem Schreib-, Lese- und Reiseverbot belegt, weil er offen seine Sympathie für die Bekennende Kirche gezeigt hatte. Nach dem 2. Weltkrieg wurde Thielicke rehabilitiert und auf den Lehrstuhl für systematische Theologie in Tübingen berufen. 1954 wechselte er an die Universität Hamburg, an welcher er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1974 lehrte. Als Präsident der Hochschulrektorenkonferenz und Rektor der Universität

Hamburg prägte Thielicke die Hochschullandschaft der Bundesrepublik Deutschland entscheidend mit.

Die Studentenunruhen Ende der 60er Jahre setzten Thielicke schwer zu. Die studentische Linke entdeckte in dem Theologieprofessor eine willkommene Zielscheibe ihrer Agitation. Vorlesungen und Predigten wurden gestört und ein publizistisches Trommelfeuer auf Thielicke eröffnet. Der Disput mit der 68er-Generation ließ bei Thielicke Narben zurück. Er war entsetzt über die Intoleranz der linken Studenten und harderte mit ihren Sympathisanten an der Universität, in Medien und nicht zuletzt in der Kirche.

Er entfremdete sich in dieser Zeit sowohl von der Hochschule als auch von seiner evangelischen Kirche. In einem seiner letzten Bücher „Auf der Suche nach dem verlorenen Wort“ (1986) wird eine Distanz zu beiden Institutionen deutlich spürbar. Eine Universitätsreform, welche den Status der Professoren beschnitt, und eine Kirche, die sich dem Zeitgeist ausliefert, lehnte er entschieden ab. Exemplarisch war seine Kritik an den Evangelischen Studentengemeinden, denen er vorwarf, ihr Proprium verloren zu haben.

Verantwortung für die Welt

Thielicke wollte Zeit seines Lebens nicht nur abstrakt lehren, sondern christliches Denken sollte in Staat und Gesellschaft Gestalt annehmen. Sein Anliegen war es, Theologie nicht aus einem „Elfenbeinturm“ zu betreiben. So setzte er sich für die Gründung von Evangelischen Akademien ein, denn gerade in öffentlichkeitswirksamen Institutionen ist Kirche als lebendige Kirche in ihrer Zeit erkennbar. Thielickes Ethik verharrt nicht beim Abstrakten, sondern ist auf die konkrete Situation bedacht.

Thielicke versteht seine Ethik als christliche Interpretation der Wirklichkeit (Vorwort Ethik Bd. III). Der gerechtfertigte Mensch muß die Gegebenheiten und Ordnungen der Welt analysieren und dies redlich nach bestem Wissen und Gewissen. Der christliche Glaube entschlüsselt nicht alle politischen Probleme per se. Normative Grundsätze al-

lein reichen für den Christen nicht aus. Der Mensch muß sich immer neu in Konflikten und Grenzsituationen bewähren.

Thielickes Erbe vergessen?

Ein imposantes Lebenswerk - dennoch der Theologe Thielicke scheint vergessen. Seine Werke werden kaum noch rezipiert und sind kein gängiger Examensstoff für angehende Pfarrer. Vielleicht haben viele seiner Zeitgenossen Thielicke übel genommen, daß er am Ende seines Lebens der Kirche ins Gewissen redete („Auf der Suche nach dem verlorenen Wort“, 1986) und Mißstände kritisierte. Obwohl der Bekennenden Kirche angehörig, fehlt sein Name in Werken zum Kirchenkampf. Offenbar waren einige Kirchenhistoriker mit Thielickes Auffassung nicht einverstanden, daß er eine Kollektivschuld der Kriegsgeneration ablehnte und Partei für die Verführten des NS-Regimes ergriff. Seine Rede auf dem CDU-Parteitag 1957 zur Frage zum Christsein im Atomzeitalter stieß bei Gollwitzer, Niemöller und anderen auf strikte Ablehnung und Unverständnis. Für seine Bewunderer war er ein **streitbarer, konservativer Prophet**, der sich dem Zeit-

geist entzog. Andere qualifizierten ihn als Schöngeist ab, der das Bildungsbürgertum mit frommen Reden bediente.

Mehr als zehn Jahre nach seinem Tod findet sich wenig neue Literatur zu seinem Lebenswerk. Was ist geblieben? Wohl auf jeden Fall seine lebendige Predigtliteratur. So erschien im Jahr 1996 eine würdigende Monographie „Helmut Thielicke - Konkretion in Predigt und Theologie“ von Friedrich Langsam (Calwer-Verlag). Hingegen war eine Erinnerung in den Lutherischen Monatsheften „Ach ja, Thielicke“ (3/96, S. 27) von Lutz Mohaupt, einem seiner Schüler, nur kurz.

Es wäre bedauerlich, wenn Thielickes Lebenswerk ad acta gelegt wird. Seine Neubewertung der lutherischen „Zwei-Reiche-Lehre“, Betrachtung über den Tod wie auch seine mitreißenden, einfühlsamen Predigten sind auch anno 1998 lesenswert und können Kirche und Gesellschaft wertvolle Denkanstöße geben. Ein Hoffnungszeichen ist es, daß die Autobiographie „Zu Gast auf einem schönen Stern“ wieder neu aufgelegt wurde. ■

Anm.:

Karsten Matthis ist Dipl. Theologe

„Kirche mit Hoffnung“ – die östlichen Gliedkirchen im Umbruch

„Unsere Kirchengebäude sind in mehrfacher Hinsicht eine oft Jahrhunderte alte, gepflegte und genutzte Form von „Beteiligungskirche“. Sie sind Orte der Sammlung und Sendung der Gemeinde. Zugleich sind sie vertraute Wegmarken in Dörfern und Städten, Teil ihrer Geschichte und der Lebensgeschichte ihrer Bewohner. Für viele gehören sie zu ihrer Identität. Sie bergen Kunstschätze und Sehenswürdigkeiten und sind damit ein einzigartiger Reichtum unserer Kultur.

Um der Allgemeinheit diesen Reichtum bewußt zu machen und um ihre Mitverantwortung für die Erhaltung kirchlicher Baudenkmäler insbesondere in Ostdeutschland zu werben, hat die EKD mit ihren Gliedkirchen die ‚Stiftung zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in Deutschland‘ ins Leben gerufen, haben dafür ein namhaftes Stiftungskapital zur Verfügung gestellt. Auf phantasievolle Weise wirbt die Stiftung nun um Spenden, um die Orte der Sammlung und des Gebetes zu bewahren.

(aus dem Bericht des Ratsvorsitzenden an die EKD-Synode, 1. 11. 98)

Kirchen in Anhalt – Denkmalpflegerisch wertvolle Substanz

Konstanze Förster-Wetzel

Die Evangelische Landeskirche Anhalts gehört zu den kleineren Landeskirchen, sie erstreckt sich vom Harz bis zum Fläming, auf dem Gebiet des ehemaligen Landes Anhalt, heute ein Teil des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Die Landeskirche gliedert sich in fünf Kirchenkreise: Ballenstedt, Bernburg, Dessau, Köthen und Zerbst.

Insgesamt werden 210 Kirchgebäude und ca. 110 Pfarrhäuser vom Bauamt der Landeskirche betreut. Die Kirchengebäude sind zu 97% denkmalpflegerisch wertvolle Substanz. Im Jahr 1996 wurden an 42 Bauten, 1997 an 35 Gebäuden umfangreichere Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Gegenwärtig befinden sich 19 Kirchgebäude und auch einige Pfarrhäuser in einem teilweise sehr problematischen Zustand. Diesen Objekten gilt daher, neben den komplexen Sanierungsaufgaben das Hauptaugenmerk der Bauleute. Durch das gemeinsame Wirken von Kirchen- und Kommunalgemeinden, engagierten Architekten, Fördermittelgebern und der Landeskirche ist es gelungen, seit der Wende 25 Kirchen in den Bauzustand „Eins“ zu führen. Dies bedeutet, die Substanz befindet sich in einem sehr guten Zustand und weist keine oder nur unerhebliche Schäden auf.

Hauptziel Substanzsicherung

Die wichtigsten Sanierungsaufgaben erstrecken sich auf Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten an den Dach- und Deckenkonstruktionen, der Dachdeckung und der Bekämpfung von Hausschwamm sowie anderen Holzschädlingen. Desweiteren sind Maßnahmen zur Feuchtigkeitsbegrenzung an der Fassade und an wertvollen Ausstattungsstücken von höchster Priorität.

Der Wunsch der Kirchengemeinden, auch die Innenräume in einen würdigen

Zustand zu versetzen, muß aus finanziellen Gründen oft hinter der **Substanzsicherung** zurückstehen. Um diese so effizient wie möglich zu gestalten, wird verstärkt die gründliche Untersuchung aller Bauteile empfohlen.

Der **Kirchenkreis Zerbst** ist nicht nur flächenmäßig der größte Kirchenkreis der Landeskirche, er verfügt auch über die größte Anzahl von Kirchen (66) und Pfarr- und Gemeindehäusern. Im Jahre 1522 wurde mit der Predigt Martin Luthers im Zerbster Augustinerkloster die Reformation in Anhalt eingeleitet. Die Stadt Zerbst galt einst aufgrund ihrer umfangreichen historischen Bausubstanz, insbesondere durch die Vielzahl an Fachwerkhäusern, als das „mitteldeutsche Rothenburg“. Die große Stadtkirche war – nach dem Magdeburger Dom – die zweitgrößte Hallenkirche im mitteleuropäischen Raum. Während des zweiten Weltkrieges wurde Zerbst zu 84% zerstört, auch die vier evangelischen Stadtkirchen fielen den Bombardierungen zum Opfer.

Dorfkirche in Grochewitz

Heute finden wir im Zerbster Kreis bereits eine Vielzahl von gesicherten und sanierten Kirchgebäuden, darunter kleine **Flämingkirchen** und größere Gebäude aus dem Ende des vergangenen Jahrhunderts. Eine solche Kirche bereitet dem Bauamt zur Zeit große Sorgen.

Grochewitz, landschaftlich schön im Fläming gelegen, ist ein kleines Dorf mit wenigen Einwohnern und 32 evangelischen Kirchenmitgliedern. Die Kirche, erbaut 1874, ist der Mittelpunkt des Ortes, einziger gesellschaftlicher Treffpunkt, umgeben von einem Friedhof.

Mit einfachen Möglichkeiten hat die Gemeinde versucht, die Kirche über die Jahre zu bringen. Jetzt ist jedoch die Zeit gekommen, wo **umfangreichere Arbeiten**

erforderlich werden, damit der Kirche nicht der Verfall droht. Die Dachdeckung ist verschlissen, nach häufigen Reparaturen ist eine Neudeckung mit Biberschwanzziegel erforderlich. Ein ausgedehnter Befall von Hausbock hat zu einer Zerstörung der Decke geführt, so daß diese nicht mehr begehbar ist und dringend ausgewechselt werden muß. Zudem sind die Deckenbalkenköpfe angegriffen, welche angeschuht werden müssen. Feuchtigkeitschäden sind im Wand- und Deckenbereich zu verzeichnen, der Innenputz ist stark angegriffen. Die Turmdeckung, zu DDR-Zeiten mit Bitumenschindeln gedeckt, weist Fehlstellen auf. Die holzschutztechnische Untersuchung hat begonnen, eine detaillierte Planung und statische Berechnung müssen folgen.



Blick in den renovierungsbedürftigen Innenraum.

Erste Schätzungen gehen von einem Mindestsicherungsbedarf in Höhe von 300 000 DM aus, dieser Betrag überschreitet bei weitem die Möglichkeiten der Gemeinde und im Hinblick auf die Vielzahl der sanierungsbedürftigen Kirchen auch die der Landeskirche. Das Dorferneuerungsprogramm ist im Ort bereits beendet.

Die Kirchengemeinde hofft auf das Verständnis und die Bereitschaft zur Hilfe. Jede Spende ist willkommen und wird helfen, die Kirche zu erhalten und der Gemeinde wieder einen Ort zu geben. Kontoinhaber: Kirchengemeinde Grochewitz, Konto-Nr. 1017802, BLZ 800 935 74, Volksbank Dessau, Stichwort: Kirche Grochewitz ■

Anm.:

Dipl.-Ing. Konstanze Förster-Wetzel
ist Leiterin des Bauamtes der
Evangelischen Landeskirche Anhalts.

Was hält die freiheitliche Gesellschaft zusammen?

Dr. Wolfgang Schäuble

Wer verändern will, der braucht Grundlage. Grundlage auch für Vertrauen. Grundlage für Stabilität. Man muß Wandel mit Stabilität verbinden, sonst gelingt er nicht. Wer nur das eine hat und das andere nicht, wird beides nicht erreichen. Die Grundlage für Vertrauen aber liefert nur eine **wertebezogene Politik**. Werte, die als Wegmarken und als Kompaß dienen in einer immer unübersichtlicher erscheinenden Welt.

Von dieser festen Grundlage aus müssen wir uns mit den Problemen und Entwicklungen unserer Zeit auseinandersetzen: Fördert Wohlstand Solidarität oder macht er am Ende nur egoistischer und kälter? Für mich bleibt es das große Paradoxon unserer gesellschaftlichen Entwicklung, daß all unser Wohlstand, all unser Zugewinn an Lebensstandard, Lebenserwartung, Sicherheit ganz offensichtlich nicht zu mehr Mitmenschlichkeit, Wärme, Zuneigung führt, sondern häufig eher zum Gegenteil. Daß steigender Wohlstand nicht die Gemeinschaftskräfte stärkt, sondern eher den Egoismus, die Egozentrik. Daß Wohlstandsgesellschaften in Gefahr sind, kalte Gesellschaften zu werden. Wie also Wärme, **Mitmenschlichkeit**, Nähe in einer Zeit von Individualisierung und Anonymität **bewahren**?

Was hält die freiheitliche Gesellschaft zusammen? Wie sichern wir in der modernen Welt am Ende dieses Jahrhun-

derts den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung? Auch in der immer atemloser erscheinenden Welt von Glo-



Unsere Antworten müssen die Menschen überzeugen.

balisierung und Digitalisierung, die manchmal an die Geschichte vom Turmbau zu Babel erinnert, bleibt der Mensch zum Guten begabt und zugleich in Schuld verstrickt. Nach unserem Verständnis braucht Freiheit auch **Bindungen und Rahmen**, braucht Freiheit und Toleranz auch **vorsorgliches Handeln**, damit sie sich nicht selbst zerstört.

Wie bewahren wir Mäßigung und Toleranz bei wachsenden Zukunftsängsten und zunehmender Fremdheit? Kann der Mensch auf Dauer ohne transzendente Bindung in Freiheit, Mäßigung und Toleranz dauerhaft leben, und was bedeutet die zunehmende Entchristlichung in West- und Mitteleuropa angesichts der Tatsache, daß in anderen Kontinenten das Bedürfnis nach Religiosität ganz offensichtlich zunimmt?

... Es wird darauf ankommen, zukünftig jedem Menschen – nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten – eine Chance auf Teilhabe und eine befriedigende Lebensperspektive zu eröffnen. Das entspricht unserem Verständnis von der Würde des Menschen. Soziale Gerechtigkeit werden wir zukünftig stärker mit Beteiligungsgerechtigkeit übersetzen müssen.

„**Beteiligungsgerechtigkeit**“, so hat Bischof Homeyer jüngst erklärt, „Beteiligungsgerechtigkeit zielt darauf, Menschen zu eigenverantwortlichem Handeln und zur **Übernahme von Verantwortung für andere** zu befähigen.“ Das aber heißt: Keine Leistung ohne Gegenleistung. Wer von der Gemeinschaft Unterstützung erhält, der soll – soweit ihm dies zuzumuten ist – auch etwas Nützliches für die Gemeinschaft tun. Oder, in den Worten von Bischof Homeyer: „Von denen, die solidarischer Hilfe bedürfen, eine ihren Möglichkeiten entsprechende Gegenleistung zu verlangen, ist für diese nicht unwürdig.“

Warum verlangen nicht längst alle Städte in Deutschland von Sozialhilfeempfängern, daß sie sich ihre Unterstützung durch Gemeinschaftsarbeiten ganz regulär „verdienen“? Das Erscheinungsbild unserer Innenstädte und Grünanlagen muß darunter gewiß nicht leiden.

Und wir müssen erreichen, daß die Leistungen auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden. Oft ist es so, daß die wirklich Bedürftigen, die eigentlich Berechtigten, schlechter wegkommen als die Trittbrettfahrer. Noch immer gibt es verschämte Armut, die auch unverschäm-

tem Reichtum gegenübersteht. Aber dazwischen gibt es zunehmend eine Grauzone, die durch Cleverness im Ausbeuten von Sozialleistungen ebenso geprägt ist wie auf der anderen Seite durch viele, die sich um den Preis von Anstrengungen und Leistung geprellt sehen, weil andere mit weniger Einsatz bequemer leben.

Mehr Beteiligungsgerechtigkeit müssen wir keineswegs nur den sozial Schwachen angeeignet lassen. Gerade auch die besonders Leistungsfähigen, die besonders Engagierten und Motivierten brauchen ihre **Entfaltungschance**.

Auch die Chance, sich am wirtschaftlichen Wettbewerb, am Wettbewerb der Ideen und kreativen Leistungen beteiligen zu können, gehört zur „Teilhabeerechtigkeit“. Also die Chance, sich beruflich auf eigene Füße stellen zu können, sich eine eigene Existenz aufbauen zu können. Die Chance, als junger Ingenieur oder Naturwissenschaftler etwas entwickeln und weitergeben zu können, was uns alle voranbringt. Existenzgründungen, innovative Leistungen sind die Voraussetzung, daß Beschäftigungsgelegenheiten und damit die Teilhabegelegenheiten anderer überhaupt erst entstehen können.

Mehr Beteiligungsgerechtigkeit, das ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Beteiligungsgerechtigkeit, das bedeutet, daß wir die alltäglichen Solidarbeziehungen zwischen den Menschen kräftigen und fördern müssen. ■

(Auszug aus dem Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Was bedeutet Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft?

Dr. Angela Merkel

Wir haben durch das Modell der sozialen Marktwirtschaft die Überlegenheit gegenüber kommunistischen und sozialistischen Gesellschaftssystemen bewiesen. Es darf und wird nun der PDS nicht gelingen, in einem zweiten Anlauf einen späten Sieg des Sozialismus in Deutschland zu erringen. Deshalb müssen wir unsere Wertebestimmung gerade in den neuen Bundesländern diskutieren. Vielleicht haben wir als CDU in der Vergangenheit dabei einen Fehler gemacht: Wir haben geglaubt, daß das Erleben des Zusammenbruchs der sozialistischen Planwirtschaft allein ausreicht, um die soziale Marktwirtschaft, ihre Werte und Prinzipien, verstehen und annehmen zu können.

Was aber bedeutet zum Beispiel die Freiheit des einzelnen – nur Härte oder auch Chance? Was bedeutet **Gerechtigkeit** in unserer Gesellschaft? Was ist mit der **Gleichheit**? Wie definieren wir die soziale Frage heute – über Gleichheit oder die Gerechtigkeit? Und wie steht es mit der Solidarität? Was haben die Werte mit den konkreten politischen Vorhaben z.B. der Renten- oder der Gesundheitsreform zu tun? Über diese Frage, über unsere Grundsätze, möchte ich in **Gesprächskreisen** eine **Wertebestimmung** in Gang setzen, aber nicht nur für die neuen Bundesländer.

Denn in ganz Deutschland hat sich die Lage in den letzten Jahren verändert, Stichwort: Globalisierung. Soziale Gerechtigkeit ohne Lähmung der Eigenverantwortung, die Balance zwischen Notwendigkeiten

staatlichen Handelns und Engagement des einzelnen, das ist der Kern der Fragen, den wir als Alternative zum Bündnis von Rot-Grün aufbauen müssen.

Wir haben in den vergangenen Jahren viele Reformen angestoßen – dies ist und bleibt richtig. Und dennoch haben wir – so scheint es mir – die Menschen ein wenig überfordert. Wir müssen deshalb stärker zeigen, welches Verständnis hinter unseren Vorhaben steht. Erinnern wir uns hier doch an uns selbst. Wie war das in der Wendezeit 1989/90? Können wir nicht etwas lernen von der Unbekümmertheit der Zeit? Wir haben damals nicht gefragt, was kostet das. Wir haben damals nicht gefragt, was bringt und das. Wir haben einfach angepackt. Wir hatten **Mut zum Risiko** – kein Risiko, das uns das Genick bricht, nein, ein Risiko, das uns den Mut gab, uns auf Neues einzulassen.

Diese Unbekümmertheit gab uns Sicherheit, im entscheidenden Moment das Richtige zu tun. So gesehen darf ich unseren Wahlkampfeslogan heute vielleicht umformulieren: „Risiko statt Sicherheit“ sollte es für die Zukunft heißen, nicht angstmachend, sondern mutmachend. Es heißt doch auch nicht umsonst: **Mut zum Risiko**.

Mit dieser Botschaft müssen wir zu den Menschen gehen: mit Ausdauer, mit Freude, mit Herz, mit der Bereitschaft, uns auf die Wirklichkeit einzulassen. ■

(Auszug aus Rede der stellvertretenden Parteivorsitzenden)

Leserbrief

**Betr.: EV 11/98:
Was „verkauft“ Kirche eigentlich?**

Ich stimme der Analyse von Frau v. Parpart grundsätzlich zu. Die Kirche krankt über weite Strecken tatsächlich an fehlender Professionalität, an Ungemütlichkeit und Versorgungsdenken, an mangelnder Identifizierung der Mitarbeiter mit dem Arbeitgeber usw.

Trotzdem wird in dem Artikel der entscheidende Mangel, an dem unsere Kirche heute leidet, nicht genannt. Unsere Kirche leidet heute vor allem an der fehlenden Identifizierung mit dem letzten und eigentlichen Chef der Kirche, mit Gott selbst. Viele Pfarrer und leider auch sehr viele nominelle Mitglieder der Kirche haben keine persönliche Beziehung zu Jesus Christus (obwohl sie alle vom Namen her eigentlich „Christen“, d.h. Nachfolger von Christus, sind).

Es fehlt die Orientierung an der Bibel, die in der gesamten Kirchengeschichte Grundla-

ge christlichen Handelns und damit Grundlage der Kirche war. Statt dessen herrscht eine weitgehende Gleichgültigkeit verschiedenster Denkansätze mit und ohne Gott, eine Gleichgültigkeit verschiedener Glaubensrichtungen und Religionen. Diese Gleichgültigkeit wird gemeinhin mit dem so angenehm klingenden Wort „Toleranz“ verdeckt und entschuldigt. Eine Kirche jedoch, die ihre Aufgabe nur noch in Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe sieht und sich nicht mehr zugleich von Gott her definiert und an ihm orientiert, hat ihre Daseinsberechtigung verloren.

Von daher nützt auch ein Aufruf zu verstärktem Einsatz von Marketingstrategien in der Kirche nicht, wenn dieser Einsatz nicht zugleich begleitet ist von einer Rückkehr zum eigentlichen Auftrag: der Verkündigung (durch Wort und Leben) der guten Nachricht von Jesus Christus, dem gekreuzigten, gestorbenen und leibhaftig auferstandenen Sohn Gottes. ■

*Dr. theol. Hans-G. Wüch
Vors. EAK-Altenkirchen
Im Schloedörn 9
57610 Altenkirchen*

37. Bonner Theologisches Gespräch

am 22. März 1999, 19 Uhr

Kunstmuseum, Fr.-Ebert-Allee 2, Bonn

„Kirche in der Zeitenwende“

Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber

Infos unter: 02 28/5 44-3 05

Martin Treu: Katharina von Bora. In der Reihe: **Biographien zur Reformation, Drei-Kastanien-Verlag, Wittenberg 1998, 92 Seiten, ISBN 3-9804492-1-1**

„Es ist unmöglich, eine Biographie der Katharina Luther, geborene von Bora, zu schreiben.“ Der Theologe Martin Treu leitet so sein Buch ein, das in der Reihe „Biographien zur Reformation“ erschienen ist. Es ist das beste bisher existierende Werk über die Frau, deren 500. Geburtstag in Wittenberg und Umgebung vom 31. Oktober 1998 bis 20. Dezember 1999 gefeiert wird. ■

Burkhard Budde: Dem Leben auf der Spur. Perspektiven Jesu am Beispiel des Spenger Altars. Ernst Knoth Verlag, Melle 1998, 40 S., mit vielen Abb., ISBN 3-88368-302-7

Dieses Buch lädt ein, nach diesem Grund des Lebens mit Hilfe einzelner (Lebens-) Perspektiven Jesu am Beispiel des Spenger Altars zu fragen und zu suchen. Besonders in Leidens- und Grenzsituationen können einem Menschen die Augen im Lichte des Evangeliums geöffnet werden: In der persönlichen Tiefe befinden sich göttliche Grundwahrheiten und schöpferische Kräfte, die die menschliche Oberfläche und die zerstörerischen Gegenkräfte des Lebens immer wieder neu verantwortungsbewußt bekämpfen und konstruktiv gestalten können.

Die einzelnen (Altar)Darstellungen aus der Leidensgeschichte Jesu orientieren sich chronologisch gesehen am Matthäusevangelium. ■

Direktion der Evangelischen Brüder-Unität Herrnhut und Bad Boll (Hrsg.): Die täglichen Losungen und Lehrtexte der Brüdergemeine für das Jahr 1999, Hänssler Verlag, Neuhausen 1998, ISBN 3-7751-2962-6 (kartoniert), ISBN 3-7751-2965-0 (Schreibausgabe)

Die täglichen Losungen und Lehrtexte der Herrnhuter Brüdergemeine sind ein Wegbegleiter, der uns dazu hinführen will, das Geleit Gottes täglich neu zu suchen und zu erkennen.

Für jeden Tag bekommen wir zwei Bibelworte, eines aus dem Alten und eines aus dem neuen Testament, begleitet von einem Gebet, einem Liedvers oder besinnlichen Text, die uns zum Gebet und damit in Gottes Gegenwart führen wollen. ■

Herbert Martin: Der große Lobgesang, Broschüre mit Weihnachtsbild in Form eines Kirchenfensters und Beileittexten, Fenestra-Verlag, Bad Harzburg 1998, 36 S., kartoniert, ISBN 3-9805071-2-2

Im Mittelpunkt der Bildbetrachtung steht „Der große Lobgesang“. Es wird von Menschen berichtet, die ihre Gotteserfahrung staunend und dankend aussprechen. Es wird der Lobgesang der Engel als Zusage wirklichen Friedens auf Erden entfaltet („Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden“).

Mit der abschließenden Geschichte vom zwölfjährigen Jesus im Tempel wird gezeigt, wie sich die adventlichen und weihnachtlichen Verheißungen in Jesus Christus zu erfüllen beginnen. ■

Ursula Büttner/Martin Greschat: Die verlassenen Kinder der Kirche: der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich“, Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1998. ISBN 3-525-01620-4

Nach den Nürnberger Gesetzen waren auch Christen jüdischer Herkunft der Diskriminierung und Verfolgung durch den nationalsozialistischen Staat ausgesetzt. Dieser Band gibt eine Einführung in die Situation und dokumentiert vor allem die Diskussion innerhalb der Bekennenden Kirche. Drei Einzelschicksale – Marga Meusel, Friedrich Weißler und Jochen Klepper – werden ausführlich vorgestellt.

Um die Vielschichtigkeit des Themas zu erfassen, wird es zunächst in einem längeren systematischen Beitrag unter verschiedenen Perspektiven behandelt. Das schwere Los und die schlimmen Erfahrungen der Christen jüdischer Herkunft werden aus ihrer Sicht geschildert; es wird deutlich, wie sich ihre Situation genau wie die Lage der Juden unter dem Druck der nationalsozialistischen Verfolgung ständig verschlechterte. Die Perspektive der Opfer wird dadurch ergänzt, daß sich der Blick auf die Ämter und Menschen in ihrer Nähe richtet: die evangelische Kirche, der sie angehörten und von der sie deshalb mit gutem Grund (aber vergeblich) Hilfe hofften.

Warum sie ausblieb, bedarf der Erklärung. Einfache, schnelle Antworten reichen sicher nicht aus, weshalb die Untersuchung ausgeweitet und die Einstellung der deutschen Protestanten zu den „Judenchristen“ im größeren Kontext ihrer Haltung zu den Juden und zu deren Verfolgung betrachtet wird. ■

■ Ministerin aus Erfurt hilft bei EAK-Gründung

Mainz. „Aufbauhilfe West“ leistete **Christine Lieberknecht** aus Erfurt beim EAK der CDU in der Partnerstadt Mainz. Zur Vorbereitung der EAK-Neugründung hielt die thüringische Ministerin für Bundesangelegenheiten einen Vortrag zum Thema „Politik aus christlicher Verantwortung“.

Die stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende forderte eine Stärkung christlich-motivierter Ordnungsprinzipien in der Gesellschaft – wie etwa Eigenverantwortung und verantwortete Freiheit, Subsidiarität staatlicher Strukturen und Solidarität. Da sich eine Kluft zwischen dem auf-tue, was Menschen technisch könnten und dem, was sie moralisch dürften, müsse neu nach Grundsätzen und Werten gefragt werden. Lieberknecht erinnerte an die Mahnung des ehemaligen Verfassungsrichters Böckenförde, wonach „Staat und Gesellschaft von Voraussetzungen leben, die sie selbst nicht schaffen können.“ ■

■ Ja zum Volksbegehren Buß- und Betttag!

Mainz. Der Kreisverband Mainz-Stadt des EAK der CDU unter Vorsitz von **Clemens Christmann** unterstützt das Volksbegehren zur Wiedereinführung des Buß- und Betttags als gesetzlichen Feiertag in Rheinland-Pfalz. In der Zeit vom 16. bis 29. November 1998 waren alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich in die Unterschriftenlisten bei den Ortsgemeinden einzutragen.

Die Abschaffung stellt ein weiteres Beispiel der Auflö-

sung christlicher Werte und christlich begründeter Institutionen in Deutschland dar wie beispielsweise die Verringerung des Schutzes des ungeborenen Lebens, die Abschaffung des Religionsunterrichts in Brandenburg, die Aushöhlung des Schutzes von Sonn- und Feiertagen oder das Kruzifixurteil.

Der Buß- und Betttag dient den Menschen als Tag der inneren Einkehr und Selbstkritik und ist in ähnlicher Form in vielen Kulturen als gesellschaftlicher Feiertag bekannt. Feiertage entbinden den Menschen aus den Verpflichtungen der Arbeitswelt und schenken Zeit zur Ruhe, zum Ausgleich und Besinnung. Sie machen den Menschen frei für Gott und den menschlichen Umgang untereinander. Die gemeinsame freie Zeit der Feiertage ist gerade für Familien bedeutsam und wirkt der zunehmenden Vereinzelung und Entsolidarisierung in der Gesellschaft entgegen. ■

■ Auf Luthers Spuren

Münster. Am 24. und 25. Oktober 1998 veranstaltete der EAK-Bezirksverband Münsterland unter der Leitung von **Frank Hellmund** und **Walter Hormann** eine Exkursion zum Thema „Auf Luthers Spuren“. Höhepunkte waren am 1. Tag die Besichtigung der Wartburg und die Stadtführung durch Eisenach.

Abends begrüßte der 1. Vorsitzende den für den EAK in Thüringen zuständigen **Pastor Hoffmann**, welcher einen aufschlußreichen Bericht über die derzeitige allgemeine Situation abgab.

Am 2. Reisetag wurden die Orte Eisleben und Wittenberg besucht. Die 43 Damen

und Herren waren nach 1348 Reisekilometern davon überzeugt, daß die Person des Reformators und seine Wirkungsstätten zu den bedeutendsten Kulturgütern unseres Landes gehören. ■

■ „Sexualität“ und Lebensformen

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland, die vom 7.-13. Januar 1999 in Bad Neuenahr stattfindet, wird im Klärungsprozeß um die Fragen „Sexualität und Lebensformen“ sowie „Trauung und Segnung“ ihre Beratungen fortsetzen. Aus diesem Anlaß hat kürzlich der EAK-Landesvorsitzende aus NRW, **Thomas Rachel**, MdB, an den Präses der Rheinischen Kirche, **Manfred Kock**, geschrieben.

Sehr geehrter Herr Präses Kock,

der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in NRW hat sich intensiv und wiederholt mit dem Papier des Theologischen Ausschusses der EKIR „Sexualität und Lebensformen“ sowie „Trauung und Segnung“ vom April 1996 befaßt. Dieses Papier, welches nicht nur in vielen Kirchengemeinden sehr kontrovers diskutiert wird, stößt auch im EAK-Landesvorstand auf Ablehnung.

Folgende Punkte erregen dabei insbesondere unsere Besorgnis: Die Ehe wird in der Vorlage relativiert. An keiner Stelle spricht das Papier davon, daß die Ehe eine „gute Gabe Gottes“ sei, wie es 1994 noch in einem Text der EKD heißt (EKD Texte 50, 1994, S.6). Das Wort der EKD aus Anlaß des Interna-

tionalen Jahres der Familie

während das Papier die Ehe und ihren künftigen Stellenwert in der deutschen Gesellschaft eher skeptisch bewertet. Wir möchten andere Lebensformen nicht abqualifizieren. Wir wenden uns gegen die Abqualifizierung der Ehe. Die Ehe wird herabgesetzt und mit anderen, sogenannten „alternativen Lebensformen“ auf eine Stufe gestellt. Wir stellen die Frage: Ist dies in Übereinstimmung mit Bibel und Bekenntnisschriften?

Irritiert müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, daß nach Meinung des Theologischen Ausschusses die Eheschließung nicht mehr in den Kirchenbüchern festgehalten werden soll. Das Papier warnt auch vor einer Hervorhebung des Trauungsgottesdienstes. Der Gottesdienst anläßlich der Eheschließung gehöre nur zum Gesamtrituel „Ehe“, neben Polterabend, Hochzeitsessen, Hochzeitsreise usw. Wir erkennen nicht, daß im Diskussionspapier die christliche Lebensform Ehe gestärkt wird, noch daß Jugendliche zur Eheschließung ermutigt werden. Dies ist unseres Erachtens ein schwerwiegender Fehler!

Wir sind der Auffassung, daß die große Mehrheit unserer Bevölkerung die Ehe eindeutig befürwortet. Die Zahlen der Statistiken und Umfragen sprechen hier eine eindeutige Sprache. Die Menschen sind auf der Suche nach festen Bindungen, nach Halt und Sicherheit in der Familie. Wie anders ist es zu bewerten, daß z.B. die allermeisten jungen Paare – auch nach Jahren des nichtehelichen Zusammenlebens! – heiraten, sobald sich Nachwuchs eingestellt hat.

Das Diskussionspapier führt in seiner Konsequenz zu einem Bruch mit der kirchlichen

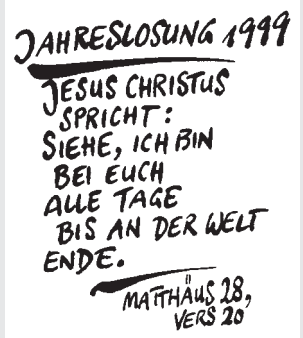
bejaht Ehe und Familie,

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 · Fax 544-586 · **Verlag:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei **Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!**



Die Uhr tickt. Mit jedem Tag, mit jeder Stunde rückt die Jahrtausendwende näher. In den großen TV-Sendern laufen die Vorbereitungen längst auf Hochtouren. Keine Stadt, die nicht ein Festkomitee „2000“ eingesetzt hat. Kaum ein Betrieb oder ein Verein, der sich nicht Gedanken macht, wie er das Millennium angemessen einläutet. Es ist zu spüren: Wir stehen 1999 an der Schwelle zum dritten Jahrtausend. Mit allen Hoffnungen und Erwartungen, aber eben auch voll von Ängsten, Zweifeln und Ungewißheit. Und das ist nicht nur die Computerindustrie, die mit der Zeitenwende einen globalen Absturz der Datenprogramme fürchtet. Und das sind nicht nur die Menschen, die in den Fußgängerzonen mit Transparent und mächtiger Stimme stehen und das Ende unserer Welt prophezeien.

Zwischen allen lauten Parolen kurz vor 2000, mitten in dieser aufgeregten Hektik sucht die Jahreslosung 1999 ihren Platz. „Ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende“, sagt Christus. Für mich ist dieser Satz ein leiser Einspruch, der sich wohlthuend abhebt von allem apokalyptischen Abbruch und Aufbruch, der auf und über diesem Jahr 1 vor 2000 zu liegen scheint. Ein Einspruch gegen die rastlose Unruhe, die so viele Menschen durch ihr Leben treibt: Nur nichts verpassen, es könnte täglich zu spät sein. Ein Einspruch gegen die Einsamkeit, die wie eine quälende Krankheit unsere Kommunikationsgesellschaft zeichnet. Ein Einspruch gegen unsere ureigene Angst, auf dem Marsch in ein neues Jahrtausend müde und zermürbt am Wegesrand zurückzubleiben. Und ein Einspruch gegen die Berechenbarkeit unserer Zeitvorstellung. Denn der, für den „1000 Jahre wie ein Tag“ (Ps 90,4) sind, wird sich kaum von kalendarischen Jahreszählungen leiten lassen.



Jesus Christus spricht: „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.“ Sein Einspruch ist ein Zuspruch. Ein Zuspruch ohne Einschränkung: „alle Tage“. Ein Zuspruch, der nicht leichtfertig dahin gesagt ist. Denn Jesus Christus ist dafür gekreuzigt worden, daß er sagen kann: Jeden Tag, solange sich die Erde dreht, werde ich und will ich den Menschen nahe sein. Diese Nähe kann tröstlich sein.

Nähe ist tröstlich. Das wissen wir aus eigener Erfahrung. Wer einen anderen Menschen trösten will, der wird ihn seine Nähe spüren lassen: Eltern nehmen das weinende Kind auf den Schoß. Menschen nehmen sich in den Arm. Ehepartner und Freunde rücken zusammen und nehmen sich Zeit, sich die Sorgen des anderen anzuhören. Das sind Momente, die nur gelingen, wenn wir das Gefühl haben: Ich bin in diesem Augenblick ernstgenommen und angenommen. So wie ich bin. Hier ist keiner, der vorrechnet, der aufrechnet, gegenrechnet oder abrechnet. Da sitzt ein Mensch, der kennt meine Fehler und Schwächen und hält sie mir trotzdem in diesem Augenblick nicht gnadenlos vor. Da ist ein Mensch, der besitzt diesen einfühlsamen Blick für das, was mir diesem Augenblick wirklich auf dem Herzen liegt. Das ist ein Mensch, dessen Schweigen in diesem Augenblick aushält, was ich vielleicht noch nicht aussprechen kann.

Bei Jesus Christus heißt dieser Augenblick „alle Tage“. Das ist die Botschaft für das neue Jahr. Und diese Botschaft ist nicht neu. Genau genommen fast 2000 Jahre alt. Jesus hat sich mit ihr von seinen Jüngern auf einem Berg in Galiläa verabschiedet. Die Botschaft kam damals an. Die Jünger blieben zusammen, um dann gestärkt aufzubrechen und auch andere Menschen für ihre Sache zu begeistern. Die Botschaft gilt heute genauso. Doch damit aus diesem Zuspruch auch heute ein Aufbruch wird, müssen wir sie immer wieder neu erleben. Das ist keine Frage von materieller Sicherheit, von politischen Mehrheiten oder weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die entscheidenden Perspektiven unseres Lebens sind Fragen des Glaubens. Denn im Glauben kann ich „alle Tage“ Wege finden, die meine Füße gehen können. Im Glauben werde ich Gaben und Gesten in mir entdecken, mit denen ich auch meine Umwelt etwas von Jesu Zuspruch spüren lassen kann. ■

Pfarrer Joachim Gerhardt, Bonn

Unsere Autoren:

Bischof Klaus Wollenweber Schlaurother Str. 11 02827 Görlitz	Volker Elsenbast Comenius-Institut Schreiberstr. 12 48149 Münster	Bundesminister a.D. Jochen Borchert, MdB Bundeshaus 53113 Bonn	Dr. Donat Kluxen-Pyta Gustav- Heinemann-Ufer 72 50968 Köln	Karsten Matthis Konrad- Adenauer-Haus 53113 Bonn	Kirchliches Bauamt Konstanze Förster-Wetzel Friedrichstr. 22/24 06844 Dessau
---	--	---	---	---	---